

# Alexanders Werk und Österreichs Beitrag

A1 Belarus, eine Tochter der teilstaatlichen Telekom Austria, schaltet der weißrussischen Opposition im Auftrag des Regimes wiederholt das mobile Internet ab – unter Berufung auf die Rechtslage.

VON SIMONE BRUNNER

Es sind dramatische Wochen in Belarus, zwischen Revolution, Protesten und Repression. Man muss kein Hellseher sein, um vorauszusagen, dass auch diesen Sonntag wieder Zehntausende Menschen in Minsk auf die Straße gehen werden. Sie werden Neuwahlen, den Rücktritt Alexander Lukaschenkos und die Freilassung der politischen Gefangenen fordern. Polizisten werden aufmarschieren, Wasserwerfer, vielleicht Panzer. Und wie in den Wochen zuvor wird es wieder in weiten Teilen der Stadt zu Ausfällen beim mobilen Internet kommen, auf Geheiß der Behörden. Auch bei Kunden von A1 Belarus, einer 100-prozentigen Tochter der teilstaatlichen A1 Telekom Austria Group.

Und wöchentlich grüßt der Netzausfall: Das Internet ist zu einer wichtigen Waffe im Arsenal der Lukaschenko-Gegner geworden, mit Livestreams, verschlüsselten Messenger-Diensten und sozialen Netzwerken, die am staatlichen Medienbetrieb vorbei ein Millionenpublikum erreichen. Mittendrin: A1 Belarus, mit 4,9 Millionen Abonnenten bei 9,4 Millionen Einwohnern einer der größten Mobilfunkbetreiber des Landes.

Es sind heikle Fragen, die das Unternehmen dieser Tage beantworten muss: Macht sich A1 in Belarus zum Handlanger des „letzten Diktators Europas“? Inwiefern ist die Tätigkeit in Belarus mit menschenrechtlichen Standards vereinbar, zu denen sich der österreichische Mutterkonzern 2013 mit dem UN Global Compact verpflichtet hat? Die Repressionen des Regimes – Lukaschenkos Werk, und Österreichs Beitrag?

Mittlerweile werden die Ausfälle jeden Sonntag auf der Facebook-Seite von A1 Belarus mit einem Statement angekündigt: „Gemäß der Anordnung der bevollmächtigten staatlichen Organe wird in Minsk die Bandbreite des mobilen Internets eingeschränkt. Das führt zu einer wesentlichen

Verschlechterung der Qualität des Übertragungsservices von Daten oder zur vorübergehenden Nichtverfügbarkeit des Dienstes.“ Das passiere auf Anordnung der „für die nationale Sicherheit verantwortlichen Behörden“, heißt es dazu auf profil-Nachfrage etwas kryptisch.

In Belarus gibt es mehrere Möglichkeiten, das mobile Internet abzudrehen: Die staatlichen Behörden kontrollieren quasi die Kabel, die das belarussische Internet mit der Welt verbinden. Kappt der Staat diese Verbindung, ist es so, als würde man den Stecker ziehen – worauf Mobilfunkbetreiber keinen Einfluss haben. Wie es auch unmittelbar nach den Wahlen am 9. August passierte, als das Internet im ganzen Land ausfiel. Aber ein derartig umfassender Netzausfall ist teuer: Er verursacht einen geschätzten volkswirtschaftlichen Schaden von 56 Millionen US-Dollar täglich. Soll das mobile Internet – wie inzwischen üblich – aber nur noch regional und punktuell abgedreht werden, wie etwa bei den sonntäglichen Protestmärschen, braucht es das aktive Zutun der privaten Mobilfunkbetreiber. Zwar wird das 4G-Netz von einem staatlichen Player kontrolliert, die 2G- und 3G-Netze hingegen von den Mobilfunkbetreibern selbst.

Könnte A1 Belarus somit zu Beginn der Proteste noch darauf verweisen, dass die Ausfälle „außerhalb unseres Einflussbereiches“ liegen, spielt das Unternehmen inzwischen eine aktivere Rolle dabei. A1 Belarus räumt das inzwischen öffentlich ein – macht sich dadurch aber auch angreifbar. Erst dieser Tage hat sich die internationale Vereinigung von Netzaktivisten „KeepItOn“ in einem offenen Brief an die A1-Geschäftsleitung gewandt: „Telekom-Unternehmen haben eine Verpflichtung, Menschenrechte zu respektieren und den Zugang zu gewährleisten“, heißt es darin. Sie fordern A1 auf, „den fundamentalen Rechten der freien Meinungsäußerung und dem Zugang zu Informationen für die Belarussen oberste Priorität einzuräumen.“



AP/APRIL/REBECCA GARDIN

Eine prominente A1-Kritikerin ist auch Weronika Zepkalo. Die Weißrussin, deren Mann nicht zu den Präsidentschaftswahlen zugelassen wurde, trat als eine der „drei Frauen gegen Lukaschenko“ an der Seite von Swetlana Tichanowskaja auf, inzwischen lebt sie in Polen im Exil. Weronika Zepkalo arbeitete selbst viele Jahre bei „velcom“, wie A1 Belarus bis 2019 hieß, im Bereich Verkauf und Unternehmenskunden. „Ich finde es nicht richtig, dass ein Unternehmen aus der EU so offensichtlich Lukaschenko und seine nichtdemokratischen Werte unterstützt“, sagt sie gegenüber profil: „Anders kann man ihr Verhalten nicht nennen, wenn sie jeden Sonntag das mobile Internet abdrehen. Was tut A1, um sich von diesem blutigen Regime zu distanzieren?“

A1 Belarus ist nicht das einzige westliche Unternehmen, das zuletzt in Kritik geraten ist. Laut Bloomberg soll das US-Unternehmen Sandvine seine Technologie (sogenannte Deep Package Inspection, kurz DPI) über einen russischen Lizenzpartner an die belarussischen Behörden geliefert haben. Mit der Technologie kön-

nen Websites und Suchanfragen zensiert und Benutzer überwacht werden. Nach öffentlicher Kritik hat Sandvine zuletzt angekündigt, seinen Service für Belarus einzustellen.

So einfach geht das für A1 freilich nicht. Das Unternehmen hat viel im Land investiert, seine dortige Niederlassung beschäftigt rund 3000 Mitarbeiter und ist besonders einträglich: 2019 machte sie einen Gewinn von 100,7 Millionen Euro vor Zinsen und Steuern, so viel wie keine andere Auslands-Tochter der A1 Austria Telekom Group.

Der Vorwurf, sich für gute Geschäfte dem „letzten Diktators Europas“ anzubiedern, begleitet die österreichischen Investoren schon von Anfang an. 2007 kaufte sich die A1 Telekom Austria Group mit 70 Prozent beim Mobilfunkanbieter „velcom“ ein, 2010 übernahm sie ihn zur Gänze. Schon die Übernahme fiel in eine turbulente Zeit: Bei den Präsidentschaftswahlen 2010 kam es in Minsk zu Massenprotesten, die brutal niedergeschlagen wurden. Wie sich später herausstellte, wa-

**DEMONSTRATION GEGEN DAS LUKASCHENKO-REGIME**  
Starke Opposition mit geschwächtem Handynetz

**„Was tut A1, um sich von diesem blutigen Regime zu distanzieren?“**

**Weronika Zepkalo, Oppositionsführerin**

ren Demonstrierende von den Behörden anhand ihrer Handydaten ausspioniert worden. A1 betonte stets, keine Kundendaten aktiv weitergegeben zu haben: „Ein allfälliger Zugriff auf Personen- und Rufdaten erfolgt – im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern – ohne richterlichen Beschluss und ohne Involvement der Mobilfunkbetreiber“, hieß es damals.

Dass man sich nur an die geltenden Gesetze halte, hält A1 Belarus auch heute gegenüber profil fest: „Wir können uns als Unternehmen nur im Rahmen der geltenden Regularien bewegen, welche im Wesentlichen bereits seit der Gründung von ‚velcom‘ im Jahr 1999 bestanden. Andernfalls ist mit Konsequenzen für Mitarbeiter und das Unternehmen zu rechnen – bis zum möglichen Entzug der Lizenz. Das wäre weder im Interesse des Unternehmens, der Mitarbeiter, der Eigentümer, und schon gar nicht im Sinne des weißrussischen Volkes.“ Nachsatz: „Wir sind uns unserer Rolle als größter alternativer Telekommunikationsbetreiber in Weißrussland bewusst.“

Also alles moralisch unbedenklich und mit der international gebotenen menschenrechtlichen Verantwortung vereinbar? Der Menschenrechts- und Datenschutzexperte Christof Tschohl, wissenschaftlicher Leiter des Research Institute – Digital Human Rights Center, hat da so seine Zweifel. Als ehemaliger Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte, das die A1 Telekom Austria Group 2010 bei seinem heiklen Investment beraten hatte, war er damals in die Beratungen eingebunden. Die Details sind vertraulich, gegenüber profil umreißt er die zentralen Fragen, um die es für einen rechtsstaatlich und demokratisch orientierten Investor beim Markteintritt einer „derart zentralen staatlichen Infrastruktur“ wie der Telekommunikation gehen sollte: Wie autonom kann ich als Unternehmen die Infrastruktur benutzen? Wie leicht ist der Datenzugriff? „A1 hat aber offensichtlich nicht sichergestellt, ihre eigenen Systeme tatsächlich zu kontrollieren“, sagt Tschohl. „Darauf hat man sich schon damals eingelassen.“

Und der österreichische Staat, der über die Staatsholding ÖBAG mit 28,42 Prozent an der börsennotierten Telekom Austria beteiligt ist? „Wir verurteilen aufs Schärfste, dass ein Staat den freien Zugang zum Internet blockiert und Telekom-Anbieter zur Einschränkung des Angebots zwingt“, heißt es aus dem Außenministerium auf Anfrage: „Die österreichische Bundesregierung wird sich aber nicht in die operative Geschäftstätigkeit der Beteiligungsgesellschaften einmischen.“